

Stellungnahme von ARD-aktuell zu dem Schreiben von
Herrn Friedhelm Klinkhammer und Herrn Volker Bräutigam
vom 23.11.2015
zu der Berichterstattung über die Lage auf der Krim

In ihrer Programmbeschwerde vom 23.11.2015 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam den einleitenden Sprechertext zum Korrespondentenbericht von Golineh Atai in der „Tagesschau“ um 20 Uhr am 22.11.2015. Darin heißt es: „Die Krim war im vergangenen Jahr von Russland annektiert worden.“ Die Herren Klinkhammer und Bräutigam halten die Verwendung des Begriffes „annektiert“ für nicht sachlich und nicht ausgewogen. Nach ihrer Ansicht gibt es keine eindeutige, völkerrechtlich relevante Entscheidung zur Krim. Weiter werfen sie ARD-aktuell „unzulässige und distanzlose Parteinahme“ vor, da „eine überwiegende Mehrheit der Krimbevölkerung in geheimer Wahl für den Austritt aus der Ukraine und den Anschluss an Russland gestimmt hat.“

Dazu nehmen wir wie folgt Stellung: Die Krim wird international nicht als Teil Russlands anerkannt. Nach Einschätzung anerkannter Rechtswissenschaftler und Völkerrechtler ist es durchaus angemessen, von einer Annexion zu sprechen. Auch das Auswärtige Amt spricht in seiner außenpolitischen Bewertung des Ukraine-Konflikts unmissverständlich von der „völkerrechtswidrigen Annexion der (ukrainischen Halbinsel) Krim durch Russland.“ Bereits in der Genfer Konvention wurde 1949 betont, dass die Übernahme der militärischen Kontrolle in einem fremden Staat auch dann als Besetzung gelte, wenn dieser Staat keinen bewaffneten Widerstand leistete.

Die Annexion der Krim wurde von der UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit verurteilt. Die Ukraine selbst hat dem Anschluss der Krim an Russland nie zugestimmt. Zur Bedeutung des umstrittenen Referendums sagte beispielsweise der Völkerrechtler Claus Kreß vom Institut für Friedenssicherungsrecht der Universität Köln: „Das Völkerrecht verbietet die Sezession nicht. Aber es gibt umgekehrt einer ethnischen Gruppe in einem Vielvölkerstaat auch nicht die Befugnis, sich von diesem Staat gegen dessen Willen loszulösen.“ Und der Völkerrechtler Georg Nolte von der Berliner Humboldt-Universität erklärte dazu: „Man kann die russische Militäraktion nicht von der Volksabstimmung trennen. Einen Abspaltungsversuch, der durch die Bajonette einer fremden Gewalt veranlasst und ermöglicht wird, darf man nicht anerkennen.“

Auch ARD-aktuell schließt sich ausdrücklich nicht der Sichtweise von Kremlsprecher Peskow an, der laut der Agentur Interfax kritisierte, dass Bundeskanzlerin Merkel „das Wort Annexion und nicht Wiedervereinigung“ verwendete. Merkel hatte den Anschluss der Krim im Mai in Moskau als „verbrecherische Annexion“ verurteilt.

Im folgenden Beitrag geht Frau Atai auf die Lage der tatarischen Minderheit auf der Krim ein („Seit der Annexion hat Russland die Rechte der tatarischen Minderheit auf der Krim beschnitten.“) Die Gesellschaft für bedrohte Völker berichtet in ihrem neuen 25-seitigen Memorandum über Schikanen gegen die Krimtataren und eine zunehmende Beschneidung der Religionsfreiheit. „Die pro-russischen Behörden auf der Krim und der dortige Geheimdienst haben den Druck auf alle erhöht, die als ‚pro-ukrainisch‘ oder ‚anti-russisch‘ gelten könnten“, zieht Sarah Reinke, Osteuropareferentin der Gesellschaft für bedrohte Völker und Autorin des heute veröffentlichten Memorandums Bilanz: „Hausdurchsuchungen, kurzzeitige Festnahmen und Verhöre durch den Geheimdienst sollen die Menschen einschüchtern. Diesen Repressalien sind die Krimtataren, deren politische Führung zum Boykott dieser Wahlen aufgerufen hat, sowie Vertreter unterschiedlicher Glaubensrichtungen besonders ausgesetzt.“ In dem Memorandum wird deutlich, dass sich die Lage der Menschenrechte und insbesondere die Situation der Minderheiten und Religionsgemeinschaften auf der Krim in den vergangenen Monaten deutlich verschlechtert haben.



Dr. Kai Gniffke
6.1.2016